

Saale-Zeitung.

Grundbesitzer Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzahl oder deren Raum mit 30 Pfg. für jede Zeile mit 20 Pfg. berechnet und in der Reichweite, falls von unten Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen. Reklamen die Stelle 75 Pfg. Erhöht höchstens 100 Pfg.; Sonntags und Feiertags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Anzeigen-Expeditio: Markt 24.

Bezugspreis

In Halle vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im ausländischen Bezugspreis sind die Kosten der „Saale-Zeitung“ einbezogen. Für unregelmäßig eingehende Bestellungen wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gestattet.

Verleger: Dr. Richard Br. 1140; Geschäftsstelle: Br. 176; Redaktionsstelle: Markt 24; Br. 224.

Nr. 396.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 24. August

1907.

Die Saale-

ZEITUNG

erscheint täglich in zwei Ausgaben als Morgenblatt und Abendblatt, zum Preise von 3/25 M. pro Vierteljahr und 1,00 M. für jeden Monat bei Postbezug. Sie ist eine der ältesten und angesehensten Zeitungen Mitteldeutschlands, die über einen reichhaltigen Handels- und wissenschaftlichen Inhalt verfügt und die wichtigsten d. Preuss. Lotterie veröffentlicht.

Mit ihren Beiblättern Tägliche Unterhaltungsblätter fürs Haus Verlosungsliste der „Saale-Zeitung“ eine große und reichhaltige, dabei aber doch billige Zeitung, die in der Dorsichtigkeit ihrer Quellen und Subjektivität ihres Inhalts von keinem anderen Blatt Mitteldeutschlands übertroufen wird.

Wer rasch und gut unterrichtet sein will, wer eine gewissenhafte reichhaltige Tageszeitung großen Stils zu lesen liebt, welche die neuesten Nachrichten gleichzeitig mit den Berliner Blättern und bereits in der Abendausgabe die ausführlichen Kurs-Berichte der Berliner und Leipziger Börse bringt, wer ein Blatt vornehmen Charakters zu halten wünscht, der bestelle die Saale-Zeitung.

Abonnementspreis

in Halle für den Monat September 88 Pfg. bei täglich einmaliger und 1 M. bei zweimaliger Zustellung, bei Postbezug 1,00 M. (inkl. Postgeb.).

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die „Saale-Zeitung“ vom Tage der Bestellung an bis Ende August kostenlos geliefert.

Probenummern kostenlos und franco durch die Expedition der „Saale-Zeitung“ Halle S., Gr. Brauhausstraße 17.

Die preussische Wahlrechtsreform.

Von nationalliberaler Seite liegt heute wiederum eine bedeutendere Kundgebung zur Wahlrechtsfrage vor. In dem parteiüblichen Organ der nationalliberalen Fraktion finden sich folgende Ausführungen, die zur Klärung der Situation gewiss wertvoll sind: „Die Änderungen des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Krause über praktische Wahlrechtspolitik haben in der nationalliberalen Presse Preussens und des übrigen Deutschlands, soweit wir leben, durchweg sympathische Aufnahme gefunden. Von nichtnationalliberaler Seite liegen besonders

bedeutsame Kundgebungen nicht vor. Ein führendes deutsch-konservatives Blatt lehnte ausdrücklich eine eingehende Besprechung der ganzen Wahlrechtsfrage ab. Verständlich ist es, wenn auch sonst sowohl konservative wie freisinnige Organe sich mit Zurückhaltung äußern: die betreffenden Debatten wollen der Ansicht der Abgeordneten ihrer Parteien nicht vorgreifen, und in der gegenwärtigen parlamentarischen Periode dürfen Meinungsäußerungen der verschiedenen Parteien nicht immer ganz leicht anzuhören sein. Die nationalliberale Partei sieht in der Wahlrechtsfrage in erfreulicher innerer Geschlossenheit. Die Jungliberalen sind mit jugendlichem Eifer dabei, wenn die Fraktion eine durchgreifende Reform des Wahlrechts verlangt. Das andererseits jugendliche Kreise Preussens oder nationalliberale Kreise süddeutscher Staaten von Befragten erfüllt wären, die nationalliberale Partei Preussens werde nicht weit genug gehen in ihren Forderungen, ist nicht anzunehmen. Sollte es solche Kreise geben, so müsste man sie fast der Lässigkeit in der Vorbringung ihrer abweichenden Meinung beschuldigen. Doch haben wir den Eindruck, daß es sich nicht um Lässigkeit handelt, daß vielmehr sowohl die süddeutschen Liberalen, die der nationalliberalen Partei angehören oder ihr nahestehe, als auch die preussischen Jungliberalen mit Vertreten und einer gewissen abwartenden Ruhe auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit sehen, mit einer Ruhe, die durch die Unangreifbarkeit der Position der preussischen nationalliberalen Partei gerechtfertigt wird. Meinungsverschiedenheiten wie beim Schulkompromisse dürften nicht zu erwarten sein.

Es konnte freilich nicht ausbleiben, daß in solchen Bundesstaaten, die unter Mitwirkung der nationalliberalen Partei des betreffenden Landes sich kürzlich Wahlrechtsänderungen geschaffen haben, für die das Reichstagswahlrecht vorbildlich gemeint war, die dortigen Nationalliberalen von demokratischer oder sozialdemokratischer Seite angefaßt werden, weil ihre preussischen Parteifreunde nicht ohne weiteres für ihr Land dasselbe Wahlrecht fordern. Die nationalliberale Presse der betreffenden Staaten antwortet mit überlegener Ruhe und der Sicherheit, die durch ein gutes Gewissen gegeben wird, auf solche Angriffe. So schreibt jetzt die in Karlsruhe erscheinende „Bad. Landesztg.“: „Eines läßt sich nicht für alle. Die Schablone, die Gleichmäßigkeit auf veraltete alte Menschen und Dinge angewandt, wozu das „Recht“ in Unrecht um. Auf unseren Fall angewandt: das Wahlrecht, als der individuelle Anspruch auf die Anerkennung des Staates, für ihn als Organ wirksam werden zu können, ist abhängig von der Struktur des Reiches. Das Recht erinnert der „Bad. Landesztg.“ dem demokratischen Reichstagswahlrecht, das sich „hierzulande die nationalliberale Partei mit steigendem Eifer aus dem Boden des Reichstagswahlrechts gestellt“ hat. Was für Vaden, den kleinen und in der unüberhörlichen Böhmerwaldschicht innerlich demagogisch gewordenen Staat, das ist in die Lage, in die muß es damit in die Lage zu gehen, die den noch bestehenden Geschicht und Kultur so ganz anders geordneten Bundesstaat für Preussen, sein. Wenn die preussischen Nationalliberalen gegen die schematische Übertragung des Reichstagswahlrechts ihre — vorläufigen — Bedenken geltend und Vermittlungsvorschläge machen, so handeln sie freilich nicht nach einer allseitig anerkannten Politik, sondern, indem sie sich um ihrer politischen Partei bemüht, im Sinne der Wohlfahrt von Staat und Volk. Von der Ansichtlosigkeit eines „Wahlrechtssturms“ ganz abgesehen.“

Mit Recht hebt das badische Blatt hervor, daß zur Gewährung des demokratischsten Wahlrechts eine innere Homogenität, d. h. Gleichartigkeit des Landes und seiner Bewohner wünschenswert sei. Man kann ruhig zugeben, daß in dem ausgedehnten preussischen Staate mit seinen verschiedenen fremdenartigen Volksteilen die Gleichartigkeit nicht so groß ist wie in dem badischen Lande. Man kann noch weiter gehen und sagen, daß unter Umständen ein möglichst demokratisches Wahlrecht für geeignet sein kann,

die noch fehlende Gleichartigkeit und Einheit herbeiführen zu helfen. Das war ja so ungefähr der Gedanke, der Bismarck bezog, dem Deutschen Reich das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu geben. Der gleiche Standpunkt ist sicherlich mitbestimmend für diejenigen Politiker, die ernsthaft und ehrlich eine Wahlreform in Preussen wollen. Aber immer muß die Frage des Wahlrechts, wie das badische Blatt weiter mit Recht andeutet, unter individueller Berücksichtigung der Struktur des preussischen Staates und mit lebendigem politischen Selbstbewußtsein angefaßt werden.“

Deutsches Reich.

Aufruf des Evangelischen Bundes.

Die 20. Generalversammlung des Evangelischen Bundes zur Abhaltung der deutsch-protestantischen Synode findet vom 29. September bis 3. Oktober in Worms statt. Der Zentralvorstand erläßt gemächlich mit den Vorsitzenden des Hauptvereins im Großherzogtum Hessen und des Wormser Bivelvereins sowie mit dem großen Reichsausschuß, der die Namen vieler angelegener Männer aus allen Kreisen der Bevölkerung aufweist, folgenden Aufruf: „Große deutsche und protestantische Erneuerungen hängen an der heutigen Stelle unserer Väterstadt in mächtiger Doppelfunktion zusammen! In Worms, wo König Götzolds Holtenarten zu neuem Leben erblüht, rauschen die Wellen des armen Stromes ein immobiles Seelenbild aus den Riblungenen, in Worms, wo fern das Denkmal der Reformation sich erhebt, hört die Welt vor Reiter und Reich Luther folgenstücker Wirt in denkwürdiger Stunde, wie sie der alte Dom und der alte Rhein vorüber und nachher nicht erleben. Uns sollen von diesem einigartigen deutsch-evangelischen Sintergunde die Stimmen der Betagtenheit zu lebensvoller Erhaltung und laudlicher Erfüllung unserer wichtigsten Aufgaben in der Kirche und der Welt zu erheitern und mahnen. Eine verheißungsvolle Wendung hat die erste große Volks-erhebung am Jahresanfang uns gebracht: der Mann der unerschütterlichen, vollendeten letzten Widerstandsbereitschaft im Mutterlande der Reformation ist abgedorrt! Uns diesem Umsturz erwachen dem deutschen Protestantismus verunsichernde Bedenken.“

Jetzt gilt es, bei aller Monogamiepolitik evangelischer Anhaltungen strikt sich zusammen zu schließen, damit den tollst rüstenden Gegnern protestantischer Selbstbestimmung die schließliche Abwehr entgegensteht und nicht Riblungen über die Riblungen und schlammere Plebeus herab. Jetzt gilt es, trotz aller Schwermut des verworrenen Gedränges unserer Zeit schaffenskräftig sich zu regen, damit betragende Bekräftigung zerkende Erneuerung und zerkende Gerichtlichkeit überwinden und Luthers Erneuerungsmacht sich stetig wirksam erweist.

Das ist unser Ziel: durch tatenhafte Einigkeit dem deutschen Protestantismus zum Gelingen unseres Vaterlandes im öffentlichen Leben die ihm gebührende Stellung zu erlangen und zu erhalten. Nicht eine konfessionelle Parteibildung erleben wir; aber wir wollen neben und in dem politischen Kampfe wider den anpruchsvollen Ultramontanismus tiefergründete Beweglichkeit für die Güter der deutschen Reform. Jetzt gilt es, trotz aller Schwermut des verworrenen Gedränges unserer Zeit schaffenskräftig sich zu regen, damit betragende Bekräftigung zerkende Erneuerung und zerkende Gerichtlichkeit überwinden und Luthers Erneuerungsmacht sich stetig wirksam erweist.

Das ist unser Ziel: durch tatenhafte Einigkeit dem deutschen Protestantismus zum Gelingen unseres Vaterlandes im öffentlichen Leben die ihm gebührende Stellung zu erlangen und zu erhalten.

Nicht eine konfessionelle Parteibildung erleben wir; aber wir wollen neben und in dem politischen Kampfe wider den anpruchsvollen Ultramontanismus tiefergründete Beweglichkeit für die Güter der deutschen Reform. Jetzt gilt es, trotz aller Schwermut des verworrenen Gedränges unserer Zeit schaffenskräftig sich zu regen, damit betragende Bekräftigung zerkende Erneuerung und zerkende Gerichtlichkeit überwinden und Luthers Erneuerungsmacht sich stetig wirksam erweist.

Deutschland gegen einen Weltfriedensvertrag.

Die in der gestrigen Sitzung des Komitees A der Schiedsgerichtskommission im Haag stattgehabten sehr wechselvollen Personen auf den Platz zu, daß derselbe bis zum letzten Signal ein unabsehbares Feld von Menschen vorstellte. Die Witterung war „erwähnlich“, und zwar in demselben Sinne wie heute für die lehrbaren Luftschiffe, die Luft bewogte sich kaum zum Bemerten südwestlich. Ausführlich wird geschildert, wie Herr Blanchard geschäftig schon von 1 Uhr morgens an dem Füllen des Ballons tätig war, und mit einer solchen Munterkeit umherlief, als ob er bei der verunglückten Gesellschaft im Tanz begriffen wäre.“ Und dann „stieg er mit aller Gegenwart des Geistes, welche ihn nie zu verlassen scheint, getroit nach höheren Regionen auf. Man sagt, er habe, wie er vor jeder Ausfahrt zu ihm pflegt, den Tanz vorher kommuniziert.“ Es war etwa 1 1/2 Uhr, als zum Zeichen der Abfahrt vier Hüllschiffe abgehoben wurden und Trompeten- und Paukenschall ertönte. „Mächtigt und furchtbar war das Vernehmen; Empfindungen über den sonstigen Verlauf des Tages, er münkte, das an seiner Gondel besitzende Schiff zu verlassen, und erlitt dabei nicht die geringste Erschütterung. Mit bangem Entzücken und frohem Staunen über die herrliche Schaupiel war eine solche freudliche Stille verbunden, als ob kein lebendiges Wesen auf dem großen Platte sich befunden hätte. So wie bei der beschämten Witterung der Rauch aus einer Säule emporsteigt, so gerade stieg auch die von des Tages Helle erleuchtete und durchdringende Kugel mit dem nach sich ziehenden Luftschiff auf. Von der Höhe eines Turmes war er Rapier auf die Zuschauer herab.“ „Lautendendes Wirrasen und Hüllschiffen, die sich dem entzückenden Luftschiff nach, als er mit drei Fahnen die ihm nachziehenden und die Stadt salutierte. Eine eine halbe Stunde vom Ort der Ausfahrt hatte er die größte Höhe erreicht und fand etwa 4800 Fuß über der Meereshöhe. „Von dieser gewaltigen Höhe ließ der Luft-

Onstaf Freitag ein besonders ansehendes Kapitel in seinen Bildern der deutschen Vergangenheit widmete, die „Ausführliche Beschreibung der 28. Luftreise, welche Herr Blanchard den 12. November 1787 zu Nürnberg unternahm und glücklich vollzog. Mit vier Kümpfeln begleitet.“ Die interessante kleine Schrift gibt ein anschauliches Bild von der Begeisterung, mit der der berühmte französische Luftschiffer in Deutschland begrüßt wurde, und von den großen feierlichen Veranstaltungen, mit denen der Rat von Nürnberg den Aufstieg vorbereitete. Von allen Seiten strömten die Fremden herbei, Illuminationen, Beschuppanen loderten durch die feierlichen Nächte und der Platz sorgte eifrig, daß es den Gästen an Unterhaltung und Vergnügen nicht mangelte. „Endlich kam der 12. November heran; es war ein feierlicher Tag. Schon ein paar Tage vorher wurde beschloffen, keine Reizeffion zu halten, welches sich niemand zu erinnern weis. Die meisten Gewölkter und Zden wurden nur früh oder gar nicht eröffnet. Hey den beiden kirchen zu St. Lorenz, Sebald und auch Spalden wurden kleine Wagen postiert, die heftig mit Patronen abwechselten, und drei Thore blieben ganz verschlossen. Schon um 7 Uhr früh begab sich eine Menge Menschen auf den Ort des Schaupieles, auf welchem in gewisser Entfernung viele Hüten und Zelte errichtet wurden, worin alle Sorten von Getränken und Speisen zu haben waren; in einigen derselben befanden sich auch Musikanten, und alles schien eine große Feiernacht anzuzeigen. Als gegen neun Uhr durch drei Böller das Zeichen zum Füllen des Ballons gegeben wurde, befanden sich schon viele tausend Menschen auf dem Judenbühl, und nun kamen durch den Derschläberger Schanz-Posten und durch jenen beim Schmausen-Garten ein solcher Strom von Fußgängern, reitenden und fahrenden

Heuilleron.

Eine „Luftreise“ in Deutschland vor 120 Jahren.

Wer die Entdeckung der Luftkollons mit erlebt hat, wird ein Zeugnis geben, welche Weltbewegung daraus entstand, welcher Anteil die Luftschiffer begleitete, welche Sehnsucht in soviel tausend Gemütern hervorbrang, an solchen längst vorausgelesen, vorausgesagten, immer geglaubten und immer ungläublichen, gefahrlosen Wanderungen teilzunehmen; wie frisch und umhändlich jeder einzelne Versuch die Zeitungen füllte, zu Tagesbesten und Kapfern Anlaß gab; welchen zarten Anteil man an den unglücklichen Opfern solcher Versuche genommen. Dies ist unmöglich selbst in der Erinnerung wiederherzustellen. . . . Als der alte Goethe rüchichtig diese Worte schrieb, war die Zeit über die ersten Versuche der Luftschiffer bereits zur Tagesordnung übergegangen; die Kühnen Rieters, Charles, der Würker Montgolfier, Blaire de Roziers und Blanchard waren vergessen, und die Menschheit hatte sich vor ihnen damit abgefunden, an den Erdboden geknagte sich vor Neuen fortzuführen. 126 Jahre später schaffte die Technik eine Wiederholung der öffentlichen Erregung: in Berlin und in Paris durchqueren lehrbare Luftschiffe die Atmosphäre, aber diesmal finden die Winde die Kühnen Eindringlinge in der Reich besser gerüstet. In diesem Augenblick, wo die Allgemeinheit mit wachsender Erregung die neuen Siege im Kampf um die endgültige Eroberung der Lüste verfolgt, sie eine Schilderung eines Ausfluges aus der ersten Jugendzeit der Aeronautik nicht ohne Reiz. Aus Regensburg ist uns eine fesselnde Beschreibung vom Jahre 1787 erhalten, der

Stimmungen über die Kategorien der obligatorischen Schieds-
sprechung waren nur vorläufige und gestatten noch keinen Schluss
auf das Endergebnis. Die dem Rat in, von Freilich v. Wraschel
schon einmütig angenommen. Die ersten fünf im
meistenfall folgende: Grundsätze der verbindlichen Auslegung
eines Ratens durch das Schiedsgericht in verschiedenen
Einzelfällen jedoch unmittelbar die Verträge selbst. Zweitens:
Internationale Schiedsgericht, welche im Widerspruch stehen
mit dem Urteile nationaler Gerichte, die über die Anwendung
solcher Verträge zu entscheiden haben. Dritten: Einmütig
von nationalen Gerichten entschieden, können selbst zu Konflik-
ten mit im Konkrete nicht überlegenen Bedeutung werden nach
der Erklärung des Freilich v. Wraschel zur Folge haben, das
denkliche Reich der seiner bisherigen Praxis besteht, inwieweit
möglich die bindende Schiedsgerichts in die Einzelverträge mit
anderen Staaten aufzunehmen, einen Verfallsvertrag mit
obligatorischen Schiedsgericht aber wegen der unüberwindlichen
Zwangswerte dieser Klausel abzulehnen.

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Bei der Abstimmung auf dem Stuttgarter Internationalen
sozialistischen Kongress über die Stellung der Sozialdemokratie
zur Kolonialpolitik hat wieder alles Erwartung der Antrag der
in der Kommission in der Minorität geliebten Partei, der jede
Kolonialpolitik grundsätzlich verneint, eine, wenn auch schwache
Majorität gefunden; er wurde bei 10 Stimmenmehrheit mit
127 gegen 108 Stimmen angenommen. Bei der Berechnung
alles mit rechten Dingen ausgegangen, ist bei allerdings einleuchtender
Frage: Ob diese Majorität in dieser Hinsicht ein
Zusatz gehört zu haben. Nicht zweifellos, mußte der fünf
zweifelhafte Väter in den der „Vorwärts“, die die halbe
Mehrfachheit „wegen dieser Abstimmung anstimmen, bei der die
Hauptvertreter der deutschen Sozialdemokratie, Singer und
Webel an der Spitze, unterlegen sind. Das freilich die
Majorität, abgesehen von einigen diffidenten französischen
und englischen Delegierten, sich zusammenschließen aus den West-
euler der Kultur zu rückgebliebenen Staaten, wie der
Brasilianer, aber auch Delegierten solcher Länder,
welche infolge ihrer besonderen Verhältnisse überhaupt für
koloniale Bestätigung nicht in Frage kommen könnten, läßt sich
dies beiden edlen Vätern ihren Voten auch nur mit einer Silbe
angedeuten. Im übrigen dürfte für die deutschen Genossen die
Streitfrage mit der Stuttgarter Abstimmung noch keineswegs
erledigt sein. Wie vor Herrn Webel kennen, wie er wohl mit
dem sonst von ihm sehr verbreiteten Genossen Knauth, der die
Wiederanlage der germanischen Kolonien gegenüber
den indischen Landwirtschaften herbeiführt, sich noch in der
Beste gelobt wird, sich aufzuhalten. Und auch Herr von
Vollmar wird sich wohl kaum die hochwichtige
kritik der Kolonialpolitik gelassen lassen, die „konkret“,
er hätte in seiner Rede über den Kolonialismus „die brennende
Frage der modernen Kultur mit einem Gleichmut, so mit
einer Höhe bebandelt, die sicherlich nicht den Empfindungen
der deutschen Arbeiterklasse entsprach.“ Das Mißbehagen, das
Kolonialpolitik hervorgehoben, ist nirgends so klar gewesen, wie
bei den Sozialisten des Nordens.
Über, wie über alle Meinungen von Stuttgart wird
man sich wohl in Eisen noch etwas lebhafter unterhalten.

Bismarck und Gambetta.

Francis Wood gibt jetzt als Quelle seiner Darstellung eines
Zusammenreffens zwischen Bismarck und Gambetta eine
Erzählung der Madame de Launay an; er könnte sich aber
weber auf den Ort noch auf das Jahr der Begegnung genau
bestimmen.

Gegen die ausländischen Wüter.

Die in Breslau tagende 16. Hauptversammlung deutscher
Nationalvereine und -Wähler nahm einstimmig eine
Resolution an für die Einführung des Deklarationszwanges der
ausländischen, nach Deutschland importierten Wüter zum
Schutze gegen das Überhandnehmen der ausländischen Wüter-
füllungen. Die nächstjährige Tagung findet in Dresden
statt.

**Mecklenburg und die Preussisch-Pommersche
Eisenbahngemeinschaft.**

Wie offiziell verstanden, sind Verhandlungen eingeleitet zwecks
Anschluß der Mecklenburgischen Staatsbahnen an die Preussisch-
Pommersche Eisenbahngemeinschaft. Offiziell führen diese
Verhandlungen jedoch zu dem Ergebnis des Anschlusses Mecklen-
burgs an die Preussisch-Pommersche Eisenbahngemeinschaft. Es kann
seiner Finanzen nur zugute kommen.

Eine beleidigte Uri.

In der bekannnten Strafkasse gegen den sozialdemokratischen
Redakteur Strauß waren von den „Vorwärts“ wegen
der in Wehrbauern von 1907 veröffentlichten Interviews mit der
Neberichthilf. Die Nationalverbände als Urkundenfälscher“ be-
urteilte die Gesetz Strafkammer den Angeklagten zu 60 M. oder
fünf Tagen Gefängnis und Zwang der Kosten.

Zu den jüngsten Vorfällen in Nordwestfalen

Auffieger den Fallstimm mit dem Bündchen herab,
welcher so langsam niederkam, daß darüber fünf Minuten
verfloßen, bis das aeronautische Tierchen bei Thon an der
Geländer Straße auf einem Samenfeld wohlgehalten zur
Erde kam.“ Nach etwa dreiviertel Stunden sah man den
Ballon ziemlich schnell beim Vordorfer Waldchen herabsinken,
berührende Bauern ergreifen das herabhängende Seil, da
sie aber nicht französisch verstanden, so gab es eine arge
Szene: Er rief ihnen immer zu: es bas, es bas, sie sollten
niedersehen, um die Gondel zur Erde zu bringen; die
Bauern hingegen meinten, sie sollten das Seil auslassen,
und waren just auf dem Punkt solches zu tun, als ihnen
die anderen dazu kommenden Leute bedeuteten, sie müßten
niedersehen und die Gondel mit den Händen ergreifen, sonst
flöge das Ding wieder in die Höhe. In der Tat erlauchten
sie über die Wägen, das sie anfängt zu tragen, wie sie glaubten,
unter sich drücken mußten.“ Von der jubelnden Menge
umringt liebreich wandert zurück; er wurde stehend in seiner
Gondel mit dem über ihm schwebenden und noch nicht ent-
kreuzten Ballon, welcher jetzt, da etwa der vierte Teil Luft
entlassen war, die Gestalt einer Birne hatte, nach der
Stadt gezogen.“ Man konnte seinem Wagen die Pferde
aus und „so ganz englischer Seite den fahnen Aeronaute
im Triumph daher durch die ganze Länge der Stadt bis
zum roten Hof.“ Im Schlußabschnitt aber wurde an
diesem Tage ein, jeder der Wanderschaften
wichtiges Vorkommnis, berichtet: Das Fest der Wand-
erungen, wobei das Haus bedrängt war, nach
dem Schluß hieß es: „Das Fest der Wanderschaft wieder
ins rote Hof, welche sich früh den 13. erbligte.“ C. K.

Se sprechen darin die sichere Erwartung aus, daß die Koloni-
ale Meinerung stark und konsequent sein und ohne Schwäche
und Schwanken ihre Richtung hat wird. Ein Verhältnismäßig
so in lange nicht angedeutet als nicht von dem dänischen
Teil der Bevölkerung Vorbedachte der Betrag vom 11. Jan.
1907 tatsächlich und in allen seinen Konsequenzen anerkannt wird
und als nicht die Verträge, von auswärts neuen Vitalionsstöße
ins Land zu werfen, auch jenseits der Grenze aufzugeben werden.“
Unterzeichnet hat die Erklärung von den Abgeordneten v. Benz
Engelbert, Zolnar, Meind, Graf Mollat, Rausen, Wentorf
und Wendt.

Man wird nicht zögern, wenn man diese Erklärung als ein
Mitglied anbot zu genehmigen den Oberpräsidenten v. Billow
anspricht, denn anderwärts hätte es gar keinen Zweck, der
Meinerung Stärke und Konsequenz anzuerkennen und sie vor einer
Veränderungspolitik zu wahren. Es erhebt sich die Stimme
bei der Oberpräsidenten, dem hier der Zeit gelesen wird,
selbst aus den Reihen der freikonservativen Landtags-
fraktion hervorgegangen ist.

Ob ein Lehrer sozialdemokratisch wählen darf,
biete Frage hat ein Gelehrter in Göttingen unlängst erregt
hervorgebracht. Ein Lehrer in Göttingen hatte einen Sozialdemokraten
eine Stimme gegeben, wurde deshalb von einer hohen
Stellung angegriffen worden. Er streute die Wahlzettel
gegen das Blatt an, der Rektorat aber wurde freige-
sprochen und dem Lehrer selbst das Recht folgendes ins
Stammbuch: Das Gericht hat die Ansicht, daß es jedem Manne
ohne Art freisteht, zu wählen, wenn er will, ein Lehrer
dabei in Wahlrecht zu nehmen, auch wenn er sich
einer großen Pflichtverletzung schuldig macht, wenn er
für einen Sozialdemokraten stimmt! Er handelt aber auch sehr un-
sittlich, denn die Schule ist auf der Autorität angebauet; wenn er
die Rechte der staatlichen Autorität unterläßt, dann sagt er den
Wählern, daß er nicht für sie ist!

Politik.

Mehrung ist doch zu etwas nütze, allerdings wird
sich der Nutzen erst herausstellen, wenn der belagerte
Sozialist nicht mehr unter den Lebenden weilt. Das
erleben wir aus einem Artikel der „Meinung“, in dem es
heißt: „Ob es eine zeitliche Sozialpolitik geben kann,
zur Zeit in unserer Zeit, ist in unsern Augen die
Kernfrage in der Kolonialpolitik, was ist die richtige
Angelegenheit ist, was ist die richtige Politik zu sein.“

Verkehrswesen.

Die Eisenbahn nach Hamburg und Riesa wurden am
2. Wta. betriebsbereit.

Kolonien.

Zu den verschiedenen Veretzprozessen in Nürnberg
und Stuttgart wird gemeldet, daß Dr. Wetzel von seinem
Württembergischen Rechtsanwalt Dr. Wolenschil vertreten wird. Mitzig
erhielt Dr. Wolenschil, wie dem „N. N.“ aus Württemberg
mitgeteilt wurde, ein mit dem Namen eines Reichstagsabgeordneten
unterschiedenes Geschiedenes, in welchem mitgeteilt wurde, daß
der Vertreter des Briefes sei im Besitz verschiedenen Materialis-
gen Dr. Wetzel und sei bereit, dieses gegen eine Ab-
schlagsumme von 2000 M. anzusetzen. Das
Schlichtung ist gestillt. Nach dem Absender werde rechtlich.

Deer und Holze.

Kaiserliche Marine. „Arch.“ ist am 22. August in Quens-
town (Zland) eingetroffen und hat am 23. August von dort nach
Norbeth in See. „Ranger“ ist am 22. August in
Las Palmas auf Gran Canaria angekommen und geht am
3. September von dort nach Dakar am Kap Verde in See. —
„Virus“ ist am 22. August in Dschingal (am Jangtse) ein-
getroffen. „Haupt“, „Fingal“ ist am 22. August in Hongkong
angetroffen und geht am 28. August von dort nach Monaco
in See.

7. Internationaler Sozialistenkongress.

(Nachdr. verb.) Hg. Stuttgart, 23. August.

Nach der Erklärung Singer wurde in die geschäftliche
Erklärung der Vorkongressen, die das Internationale
Bureau sich auf dem Antrag der Independent Labour Party auf
Anerkennung der Labour Party als gleichberechtigt auf dem
Kongress schilling gemacht und den Antrag abgelehnt habe.

Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und
Gewerkschaften.

Verkehrsmittel der Kommission, der österreichische Reichstags-
abgeordnete Bezer, der Generalsekretär der österreichischen
Reichstagsabgeordneten, befragt worden und erklärte, er
Resolution, die in der nachträglich erfolgten Abstimmung mit
22, gegen 13, Stimmen angenommen wurde.
Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die
Ein- und Auswanderung.

Ein- und Auswanderung.

Der Kongress erklärt: Die Ein- und Auswanderung der
Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzerren-
liche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Leberproduktion
und Interaktion der Arbeiter. Sie sind ein Mittel, den
Arbeiter der Arbeiter an der Arbeiterproduktion zurückzuführen
und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Be-
ziehungen enorme Dimensionen an.
Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhilfe der Aus-
Einwanderung für die der Arbeiterklasse etwa drohenden
folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen
Wirtschaftsreformen zu erblicken, die diese hinsichtlich und ihrem
Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer
Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluss fremder
Nationalitäten oder Massen.
Dagegen erklärt er, der Kongress für eine Politik der organi-
sierten Arbeiterklasse, die sich in dem Maße des Klassen-
kampfes inorganischer Arbeiter, welche einleitende Verab-
redung ihrer Lebenshaltung und der Arbeiter und erklärt es außer-
dem für ihre Pflicht, die Ein- und Auswanderung von Streikbrechern
zu verhindern. Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, die
in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entlohnungs-
stufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften
Einwanderung inorganischer Arbeiter und niedriger Lebenshaltung
schwächerer Arbeiter an der Arbeiterproduktion zurückzuführen
und handwerklich-fähiger Kultur entgegen, sowie die Gefahren,
die ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung ent-
stehen. Er sieht jedoch in der letzten auch dem Standpunkt
der proletarischen Solidarität bevorzugen die Ausschließung
des nicht erlernten oder Massen von der Einwanderung kein
geeignetes Mittel hierzu. Er empfiehlt daher folgen: 1. Wäh-
nahmen:

1. Für das Land der Einwanderung:
1. Verbot der Aus- und Einreise derjenigen Arbeiter,
welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie
Verfügung über ihre Arbeitskraft wie ihre Arbeit nimmt.
2. Gezielte Arbeiterleitung durch Vertretung des Arbeit-
tages, Einführung eines Minimallohns, Regelung des
Erwerbs-Systems und der Arbeitszeit, strenge Aufsicht
über die Wohnungsverhältnisse.

2. Aufhebung aller Beschränkungen, welche bestimmte
Nationalitäten oder Massen vom Zutritt zu einem Lande
und von den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der
Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weis-
gebende Erziehung des Proletariats.

4. Für die Gewerkschaften oder Arbeiter sollen dabei
folgende Grundsätze allgemeine Geltung haben: a) Keine
geschlechtliche Zersplitterung der eingewanderten Arbeiter in die
Gewerkschaften aller Länder; b) Erleichterung des Zutritts
zur Freizügigkeit angemeiner Einreisegelder; c) Unent-
geltliche Übertritt von einer Landesorganisation in die
der vorüberige Erfüllung aller Verbindlichkeiten in der
bisherigen Landesorganisation; d) Ersetzung internationaler
gewerkschaftlicher Kartelle, durch eine internationale
Durchführung dieser Grundsätze und Nationalitäten es
möglichst wird.

5. Unterstützung der Gewerkschaftsorganisationen bezüglich
Länder, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie
rekrutiert.

6. Für die Auswanderungsland: 1. Wiederherstellung der
Arbeiter und der Öffentlichkeit über den vollen Stand der
Wahlverhältnisse in den Einwanderungsländern. 2. Freie
Einwanderung der Gewerkschaften mit denen des Einwanderungs-
landes selbst gemeinsamen Vorgehen in der Frage der Ein-
und Auswanderung. 4. Da die Arbeiterbewegung durch
Länder selbst gemeinsamen Vorgehen in der Frage der Ein-
und Auswanderung, durch Festlegung gemeinsamer Grundsätze,
durch Ausschließung von Ausschlüssen und Durchsetzung
durch Ausschließung anderer Gewerkschaften,
durch Einführung solcher erlogener Verbindungen an die
Arbeiter freiwillig simuliert wird, verlangt der Kongress:
Überwachung der Ausschließungen, der Auswanderungs-
politik, soweit es notwendig ist, auch abstrakt. 3. Hinsichtlich
dieser, um zu verhindern, daß die Auswanderung in die
Interessen solcher kapitalistischer Unternehmen missbraucht
werden.

III. Vermeidung des Transportsweises, insbesondere auf dem
Schiffen Überwachung der Bestimmungen durch Zülpeloren
mit „Aktionsregeln“, welche auch über die Überwachungs-
sichtlich organisierten Arbeiter des Einwanderungs- sowie
Auswanderungslandes zu bestimmen sind.

Vorfürge für neonommende Einwanderer, damit sie nicht von
vornbereiten der Ausbeutung durch die Kapitalisten
ausgenutzt werden. Da der Transport von Auswanderern nur auf
internationalen Verkehr gestellt werden kann, beauf-
tragt der Kongress das internationale sozialistische Bureau,
Vorläufige zur Vermeidung dieser Materie ausarbeiten, in
denen die Einrichtung und Ausführung der Schiffe sowie der
Aufsicht zu normieren ist, welcher auf jeden Auswanderer
als Minimum zu entstehen soll, und besonders Gewicht darauf
zu legen, es zu vermeiden, daß die Auswanderer in die Hände
von der Unternehmung verkehrten ohne Intervention
weicher Zwischenstufen. Diese Vorläufige sind der
Verteilung behufs legitimer Verwendung sowie zur Pro-
paganda mitzuteilen. Es wird dazu von einer Reihe Mittelglieder folgender Art
zu Punkt 1. Abf. 3. gestellt:

1. Regelung der Ausweisung Landesgrenzen, welche nicht auf
politischer Grundsätze, sondern auf dem Verbleib der Seele,
sondern durch Gerichtsverfahren veräußert werden darf.“ (Anw.)
Lex Dutschl. Kreiszeitung.

Die englische Delegation läßt zu diesem Antrag erklären,
daß er nicht nur von der englischen Delegation, sondern auch
von einzelnen anderen Mittelgliedern unterzeichnet ist. —
Hauptredner: Rechtsanwalt Dr. Wolenschil, den die Delegation
beauftragt in ausführenden Tätigkeiten die Delegation der
Mittelglieder, im Falle von deren Abwesenheit einen
Hilfsmitglied. Die Resolution des Kongresses werde ihnen in
England als Maßnahme der Arbeit und sie würden dieselbe befolgen,
denn sie hätten sich als Glied der großen Armee der internationalen
Proletariats (Einmütig beschloß). Richter Wetzel ist der
japanische Abg. Dr. Saio, der mit sämmtlichem Beifall beantragt
wird. Kato ist Abg. in Japan, er hat in Dresden teilgenommen.
Er läßt aus:

Ich habe auf diesen Kongress zwei- oder dreimal gewartet,
warum habe ich nicht? Ist war ganz aufgeregt. Das hat
leider andere Ursache als die, daß wir keine Freiheit in
Japan haben. Unsere Organisation ist seit 7 Jahren alt. Wir
haben uns, es folgte noch nach dem Krieg in Japan und
Amerika kommen, das glaube ich aber nicht. Die Resolution ist
sehr wichtig für uns Japaner wegen der amerikanischen Ein-
wanderungsregeln. Wir haben in Japan und China sehr viele
Arbeiter. Nach Marx „Kapital“ sollen alle proletarischen
Kräfte zusammenschließen gegen die Kapitalisten. Es ist
eine sehr traurige Geschichte.
Das es in Japan nicht erlaubt ist, Gewerkschaften zu bilden
wäre im Widerspruch, die Gewerkschaften, die die Arbeit
unterdrückt werden, die Gewerkschaften werden werden
man sollte den armen Japanern, die nach Amerika kommen, die
Gewerkschaftsmöglichkeit in die Gewerkschaften nicht verweigern.
Ich bitte die amerikanischen Genossen, die armen Leute aus Japan
auszunehmen, für sie einzutreten und sie anzuerkennen (Einmütig
beschloß). Richter Willeit mit der Befriedigung, daß Deutschland
nicht eine, sondern eine Partei hat, die die Arbeiter kennen
kennt. Es bitte um Entschuldigung, daß er sich nicht habe richtig
ausdrücken können, er spreche aber sehr schlecht deutsch und
sei dazu noch sehr aufgeregt (Geheißt auf endloser Befehl).

Schluss der Debatte

Wird erbracht, der Antrag wird mit überwiegender Mehrheit
angenommen. (Sämmtlicher Väter auch bei der englischen Delegation,
fortwährende Proteste und Unterbrechungen. —
Singer läßt vergeblich unmaßhalten bei der Rede, er kann
nicht Ruhe schaffen.) Vor. Singer: Ich kann nicht ruhen, ich
bin dem Antrag zur Abstimmung bringen. Alles Schreiben nicht
möglich, es dringt mich das nicht von einer geschworenen Geschäfts-
führung an. (Geneuert Väter).

Ein Delegierter springt aus dem Tisch

und ruft: Ich protestiere im Namen Südafrikas! Auf der anderen Seite des Saales hat der englischen Delegation
der Delegierte Spinnman von London ebenfalls auf einen
Tisch gestiegen und mit dem Saal mit beiden Händen geklat-
tert und mit den Füßen nach dem Proletariat drohend
eine längere Rede in den Saal. Es entleert ein fortwährend
Väter. Spinnman ist
von einer Reihe ausländischer Engländer umgeben.
Krausitz und verschiedene andere Delegierte versuchen ihn ver-
geblich zur Ruhe zu bringen. Singer will nochmals sprechen,
es gelangt ihm aber nicht. Auch alle seine Worte, Spinnman
zur Ruhe aufzufordern, nützen nichts. Spinnman wird immer
wütender und schlägt in förmlicher Droherum um sich.
Hingewandter Singer: Ich möchte mich um Ruhe bitten.
(Geneuert tobiend Väter und Unterbrechung. Die Sitzung
Singers geht in dem Saal vollständig unter. Endlich
gelingt es ihm, sich wieder Gebilde zu verabschieden: Ich habe
den Genossen zu bemerken, daß noch sehr vieles zu erledigen
ist. Ich will weiter gehen, daß die Deutschen, Schweden,
Schweizer, Franzosen, Belgier, Russen, Norweger
und viele andere nicht zum Wort gekommen sind und das
nenn solchen Väter kann. Ich möchte die englischen Genossen
bitten, sich als Sozialdemokraten zu benennen. (Sämmtlicher
Beifall). Der Kongress hat mit großer Mehrheit den Schluß-
antrag angenommen und ist es die Pflicht eines Revolutionärs,
den zu führen. (Einmütig beschloß). Der Kongress läßt sich nicht trennen. (Sämmtlicher Beifall).
Protestrufe von den Engländern. Schreien nach feiner Einund
auf mich. Ich habe die Pflicht, die Beschließung aufrecht zu
halten und das werde ich tun. — Singer erhebt darauf in dem
Väter dem Deutschen Dr. Eisenberg das Schwörtwort. Von
einem Teile der Deutschen und Niederländer wird er mit Hände

